

Sehr geehrte Frau Unmüßig,
sehr geehrter Herr Japelj,
sehr geehrte Frau Abgeordnete Gomes,
sehr geehrte Anwesende,

Ich freue mich sehr, Sie begrüßen zu dürfen und werde gerne die Aktivitäten der Bundesregierung vorstellen, die die wichtige Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten sowie bei der Friedenskonsolidierung befördern sollen. In ihrem **Krisenpräventionsbericht 2006** hat die Bundesregierung ein eigenes Kapitel zur **Gleichberechtigung der Geschlechter und Krisenprävention** eingestellt. Darin betont sie:

Die Integration geschlechterspezifischer Perspektiven und Maßnahmen ist von zentraler Bedeutung für den Erfolg von Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Hier gilt es vor allem, neben dem Schutz von Frauen vor geschlechtsbezogener Gewalt in Konfliktsituationen Geschlechtsstereotype zu überwinden und eine gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am Wiederaufbau ihrer Gesellschaften zu ermöglichen.

Dabei unterstützt die Bundesregierung insbesondere die Erhöhung des **Frauenanteils in Institutionen und Gremien**, die für Aushandlung und Umsetzung von Friedensschlüssen sowie den Wiederaufbau verantwortlich sind.

Ihrem politischen Leitprinzip des **Gender Mainstreaming** folgend, achtet die Bundesregierung in allen Politikfeldern auf die systematische Einbe-

ziehung der jeweiligen Situation und Bedürfnisse von Frauen und Männern. Gerade im Bereich der zivilen Krisenprävention kommt diesem Leitprinzip eine elementare Bedeutung zu, um Ursachen, Ausprägung und Auswirkung von internationalen Konflikten zu analysieren und Aktionspläne und Hilfsprojekte wirksam, nachhaltig und passgenau gestalten zu können.

Deutschland ist seit Juli 2003 **Mitglied der Freundesgruppe der Resolution 1325** in New York und setzte sich vor allem während seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat bis Ende 2004 aktiv für die Umsetzung der Resolution 1325 und die Beachtung des Themas ein.

Deutschland beteiligte sich mit nationalen Stellungnahmen aktiv an der jährlichen offenen Sicherheitsratssitzung zur Umsetzung der Resolution 1325 und stellte 2004 seinen Beitrag unter das Thema „Gewalt gegen Frauen und Folgen der Straflosigkeit“. 2005 unterstrich die Bundesregierung besonders das deutsche Engagement für „*Gender balance*“ in *Peacekeeping* und *Peacebuilding*. Es ist auf eine deutsche Initiative zurückzuführen, dass das Abschlussdokument des Gipfels zur Überprüfung der Millenniums-Entwicklungsziele vom September 2005 die Resolution 1325 erwähnt und damit die besondere Bedeutung der Beteiligung von Frauen an Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung betont. In diesem Zusammenhang unterstützt die Bundesregierung auch das VN-Projekt „Gleichberechtigung der Geschlechter bei Friedensmissionen der Vereinten Nationen“, das der Institutionalisierung der Gleichberechtigung sowohl im VN-Hauptquartier als auch in den Missionen dienen soll.

Auf Bitte des VN-Generalsekretärs Kofi Annan legte die Bundesregierung für die jährliche offene Sitzung des VN-Sicherheitsrats im Oktober 2004 einen umfassenden Bericht über die nationale Implementierung in den Jahren 2002–2004 vor. Dazu gehörten 347 Maßnahmen, davon 293 Projekte in Konfliktregionen, die von der Bundesregierung mit über 50 Mio. Euro unterstützt wurden, darunter Projekte zur Wahlbeteiligung von Frauen in Afghanistan und zum gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Reintegrationsleistungen durch Entwaffnungsprogramme. Im Bericht des Generalsekretärs wird Deutschland besonders für das „Gender Training“ für Personal in friedenserhaltenden Missionen und für die Öffnung der Bundeswehr für Frauen positiv erwähnt.

Das Engagement der Bundesregierung für die Integration geschlechter-spezifischer Maßnahmen in Krisenprävention und Konfliktbewältigung wird seit Anfang 2006 konkret bei der **Ausbildung von Personal für VN-Missionen** umgesetzt. Die Bundeswehr leistet einen wichtigen Beitrag, indem für militärisches Personal in den Vorbereitungslehrgängen für die Beteiligung an VN-Einsätzen Unterrichtseinheiten zu den Themenfeldern „*Gender Mainstreaming*“ und „*Sexual Exploitation and Abuse*“ stattfinden. Darüber hinaus lernen jährlich ca. 1.300 ausländische Lehrgangsteilnehmer und -teilnehmerinnen an Ausbildungseinrichtungen der deutschen Streitkräfte im praktischen Alltag grundlegende Wertvorstellungen zu geschlechterspezifischen Perspektiven kennen.

Besonders wichtig ist der Bundesregierung der Dialog mit Repräsentantinnen der deutschen Zivilgesellschaft sowohl zur Umsetzung der Reso-

lution 1325 wie auch zu den weiteren Aspekten der Beteiligung von Frauen an der Krisenprävention. So veranstaltete das Auswärtige Amt im Oktober 2004 zusammen mit interessierten Nichtregierungsorganisationen ein „**Forum Kompakt**“ zum Thema „Frieden braucht Frauen – Sicherheitspolitik braucht Geschlechterperspektive“.

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Pilotprojekt „**Mobile Friedensakademie OMNIBUS Line 1325**“ trägt dazu bei, *Gender Mainstreaming* als Leitprinzip für alle Aktivitäten der zivilen Konfliktprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung durchzusetzen. Es werden Seminarangebote und Bildungsmaterialien entwickelt und angeboten, die sich an Fachkräfte der zivilen Friedensarbeit und Friedensdienste in Vorbereitung auf ihre Arbeit in Krisen- und Konfliktregionen wie auch an Fachkräfte vor Ort richten. In den Kursen wird ein regionaler Schwerpunkt auf die Friedensförderung im Nord- und Südkaukasus gesetzt (Projektträger OWEN e.V.).

Ein weiteres Projekt des BMFSFJ „**Frauen für Demokratie und Frieden**“ führt in besonderer Weise palästinensische, israelische und deutsche Frauen in einem Dialog zusammen, der die Basis für ein Netzwerk bildet, um an gewaltfreien Lösungen und der Notwendigkeit eines gerechten Friedens mitzuarbeiten. (Projektträger Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.)

Hinweisen möchte ich außerdem auf den **Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen**, in dem erstmals ein Gesamtkonzept zur Prävention und Intervention für alle Ebenen ent-

wickelt wurde. Viele Bundesländer haben mit eigenen Aktionsplänen nachgezogen. Die in dem Aktionsplan angekündigten Vorhaben der Bundesregierung sind alle umgesetzt, zurzeit erstellt das BMFSFJ daher den zweiten Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Die Bundesregierung ist kontinuierlich bestrebt, neue und ergänzende Maßnahmen zu erarbeiten, die zur weiteren Umsetzung der Resolution 1325 beitragen. Die Bundesregierung verfolgt dabei einen Querschnitts-ansatz in der Implementierung der Resolution 1325.

Hingewiesen sei auf den **Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“**, bei dem ein Schwerpunkt auf der Betonung der Geschlechterperspektive liegt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat in seinem **„Übersektoralen Konzept zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“** die zentrale Bedeutung geschlechtsspezifischer Perspektiven und Maßnahmen für den Erfolg von Krisenprävention und Konfliktbearbeitung hervorgehoben. Die Förderung der gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern an Friedens- und Entwicklungsprozessen ist zudem in die gesamten Abläufe und Planungsmethoden der deutschen Entwicklungszusammenarbeit integriert.

Die Bundesregierung begrüßt, dass bei der Einrichtung der im Rahmen der Reform der Vereinten Nationen neu eingerichteten **Kommission zur Friedenskonsolidierung** (Peacebuilding Commission, PBC), der wichtigen Rolle von Frauen in Krisenprävention, -management und Friedens-

konsolidierung Rechnung getragen und die Notwendigkeit einer Stärkung der Rolle von Frauen in den entsprechenden Entscheidungsprozessen betont wird. Die PBC-Einrichtungsresolutionen erkennen den Beitrag von Frauenorganisationen zur Friedenskonsolidierung ausdrücklich an. Die Kommission ist ausdrücklich aufgefordert, eine Genderperspektive in ihre Arbeit zu integrieren.

Die Bundesregierung unterstützt nachdrücklich die Zusammenarbeit der **Europäischen Union** bei der Umsetzung der Resolution 1325. In der „**Roadmap**“, dem Fahrplan der EU-Kommission für die Gleichstellung von Frauen und Männern – 2006-2010, verpflichtet sich die Kommission, Leitlinien zum Gender Mainstreaming in Lehrgängen und Trainings für Krisenmanagement einzuarbeiten. Diese Leitlinien werden auch für die EU-Mitgliedstaaten eine wichtige Grundlage bilden. Der Rat der Europäischen Union hat im Juli 2006 eine Checkliste angenommen, um Gender Mainstreaming und die Umsetzung der Resolution 1325 in der Planung und der Durchführung von Missionen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sicherzustellen.

Derzeit hat die Bundesregierung die **EU-Präsidentschaft** inne und sie bildet zusammen mit Portugal und Slowenien die erste **Teampräsidentschaft**. Um die Kontinuität der gleichstellungspolitischen Themen und ihre Nachhaltigkeit zu sichern, hat Deutschland eine enge Partnerschaft mit den Ländern der Teampräsidentschaft entwickelt. Dazu gehört ein gemeinsames Arbeitsprogramm über die gesamte Laufzeit der Teampräsidentschaft von 18 Monaten. Auf unserem informellen EU- Gleichstellungsminister/innentreffen, das am 15. Mai 2007 in Bad Pyrmont

stattfinden wird, wird die Teampräsidentschaft insbesondere die Themen der eben erwähnten Roadmap aufgreifen und sie ihrem Arbeitsprogramm zugrunde legen.

Sehr verehrte Anwesende,

auch wenn dies viele Aktivitäten sind, von denen ich Ihnen berichten konnte, so muss man doch konstatieren, dass der Genderaspekt noch nicht wirklich in der EU-Friedens- und Sicherheitspolitik angekommen ist. Von daher begrüße ich sehr die Ziele und Aktionen dieser Tagung und hoffe, dass die wertvollen Impulse, die von ihr ausgehen werden, auch an der richtigen Stelle ankommen! Sie können sich der Unterstützung durch das Bundesfrauenministerium weiterhin gewiss sein!